

Billiger Strom im Norden, teurer im Süden – dieses Manifest schreibt die Energiewende neu

Welt, 11.07.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/energie/plus252462296/Energie-Aufspaltung-des-Strommarktes-dieses-Manifest-erschuettert-die-Energiewende.html?cid=email.crm.lc.eq.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6172118>

Der Strommarkt in Deutschland besteht aus nur einer Zone. Das ist ökonomisch und physikalisch sinnlos, kritisieren führende Energie-Ökonomen seit Jahren. Jetzt haben sie sich zusammengetan und einen bemerkenswerten Aufruf gestartet. Sie fordern mehrere regionale Preiszonen.

Die Phalanx stand bislang felsenfest: Politiker aller Couleur, Gewerkschaften, Wirtschaftsvertreter und Energieverbände sind sich seit Jahren darin einig, dass überall in Deutschland der gleiche Börsenpreis für Elektrizität gelten sollte.

Die von der EU-Kommission geforderte Aufteilung des Landes in mehrere Preiszonen stößt seit Jahren auf geeinten Widerstand. „Die Aufrechterhaltung der Preiszone ist mit signifikanten Vorteilen verbunden“, fasst der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) die deutsche Position zusammen.

Vor allem in Bayern und Baden-Württemberg war die Sorge groß, dass sie bei einer Aufteilung des Marktes zur Hochpreiszone für Energie werden könnten. Doch genau dies fordern nun zwölf führende Energie-Ökonomen.

„Die Physik spielt bei dem Wunsch nach einem deutschlandweit einheitlichen Strompreis nicht mit“, argumentieren die Wissenschaftler in einem gemeinsamen Gastbeitrag in der „FAZ“. Der bundesweite Einheitspreis sei volkswirtschaftlich teuer und unsinnig: Deutschland brauche „lokale Preise“.

Billigstrom in Norddeutschland, wo die Windkraft immer öfter für Überschüsse sorgt, aber teure Energie in Bayern, wo oft Mangel herrscht, weil die dortigen Solarparks im Winter die Arbeit größtenteils einstellen: Die Forderung hätte weitreichende industriepolitische Konsequenzen. Der Vorschlag, den Markt in Strompreiszonen aufzuteilen, galt bislang als politische Illusion.

Doch jetzt könnte die Diskussion aufbrechen, denn bei der Expertengruppe handelt es sich um das Who's who deutscher Energiemarkt-Experten. Das Votum der hochrangigen Regierungsberater kann die Politik nicht ignorieren.

Die Unterzeichner des Aufrufs

Zu den Unterzeichnern gehört Felix Matthes, Forschungskordinator am Öko-Institut, Andreas Löschel, Leiter der Monitoringkommission Energiewende, Veronika Grimm, Wirtschaftsweisse, Max-Planck-Forscher Axel Ockenfels, ZEW-Präsident Achim Wambach, MCC-Direktor Ottmar Edenhofer, Ifo-Expertin Karen Pittel, Lion Hirth von der Hertie School, Consentec-Chef Christoph Maurer, Karsten Neuhoff vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Martin Bichler von der TU München und Georg Zachmann, Energiemarkt-Experte der Denkfabrik Bruegel.

Die Wissenschaftler argumentieren, dass der Einheitspreis keine Knappheitssignale mehr aussendet – regionale Stromknappheiten also schlicht ignoriert:

„Pumpspeicherkraftwerke im Schwarzwald pumpen trotz der Stromknappheit in Süddeutschland Wasser in die Berge, und intelligente Elektroautos in Stuttgart laden ihre Batterien auf, weil der für sie sichtbare Strompreis niedrig ist – in Wirklichkeit erreicht der günstige Windstrom Baden-Württemberg jedoch gar nicht“, heißt es in dem Beitrag.

„Weil die Physik bei dem Wunsch nach einem deutschlandweit einheitlichen Strompreis nicht mitspielt, müssen die Netzbetreiber all diese (Fehl-)Entscheidungen in mühsamer Kleinarbeit im Rahmen des sogenannten Redispatch korrigieren: Kraftwerke in Süddeutschland werden auf Anordnung hochgefahren, Windparks in der Nordsee abgeregelt.“

„Die einen bekommen für die Produktion mehr Geld als den einheitlichen Strompreis, die anderen bekommen Geld dafür, dass sie nicht produzieren.“ Das verscheucht Investoren: „Wer heute in Mecklenburg in Wasserstoffherstellung, Rechenzentren oder grüne Stahlfabriken investiert, zahlt ja immer den deutschlandweiten Preis, selbst wenn der Strom regional im Überfluss vorhanden ist und der Windpark nebenan abgeregelt wird“, beschreiben die Autoren die Folge: „Weil Investoren in Deutschland keinen günstigen Strom bekommen, zieht es sie immer häufiger ins Ausland: beispielsweise nach Schweden, wo es schon lange regionale Strompreise gibt.“

Anders als Deutschland haben einige europäische Länder die „Illusion“ eines einheitlichen Marktes bereits aufgegeben: Dänemark, Norwegen, Schweden und Italien haben schon länger kleinere regionale anstelle einer nationalen Preiszone.

In den USA gilt sogar zwischen einzelnen Netzknotenpunkten bereits ein anderer Strompreis: Auch dieses „nodal pricing“ sorgt dafür, dass sich neue Industrieansiedlungen dort ansiedeln, wo lokal viel Energie verfügbar ist. Das spart Kosten für Netze und Speicher.

ACER prüft bereits Einrichtung neuer Strompreiszonen in ganz Europa

Die EU-Organisation für Übertragungsnetzbetreiber, ACER in Ljubljana, Slowenien, prüft bereits die Einrichtung neuer Preiszonen innerhalb von Landesgrenzen in Europa. Um der physikalischen Realität von Leitungskapazitäten und Stromproduktion besser gerecht zu werden, wird dort die mögliche Aufteilung Deutschlands in drei bis fünf Strompreiszonen untersucht.

Je nach Szenario dieser sogenannten „bidding zone review“ könnte sich sogar das Industrieland Nordrhein-Westfalen in einer Zone mit vergleichsweise teurem Strom wiederfinden.

Exorbitant würden die Preisunterschiede nicht ausfallen, beruhigen die FAZ-Autoren: „Die Unterschiede in den Jahresdurchschnittspreisen sind vermutlich ohnehin moderat – laut verschiedenen Studien 5 bis 20 Euro pro Megawattstunde – und damit geringer als heute bestehende Unterschiede in den Verteilnetzentgelten.“ Gleichwohl wären solche Preisunterschiede wohl geeignet, die Entscheidung über Industrieansiedlungen zu beeinflussen.

Die Mängel des deutschen Strommarktes zahlt der Verbraucher mit seiner Stromrechnung: Weil Netzbetreiber in Süddeutschland etwa teure Gaskraftwerke künstlich hochfahren und im Norden Entschädigungszahlungen an abgestellte Windparks zahlen müssen, fielen im vergangenen Jahr sogenannte Redispatchkosten von drei Milliarden Euro an.

Bislang hatten die Stromnetz-Betreiber argumentiert, durch den Ausbau der Leitungen zwischen Nord- und Süddeutschland würden die Redispatchkosten ab spätestens 2027 fallen. Deshalb lohne sich eine Aufteilung der deutschen Strompreiszone nicht.

Doch die Energie-Ökonomen wie Consentec-Chef Maurer glauben nicht an einen Rückgang der Kosten: Durch den Bau der großen Stromautobahnen „erwarte ich allenfalls kurzfristige Entlastungen beim Redispatch und keine Trendumkehr“, sagte er auf WELT-Nachfrage: Erfolge der Ausbau der erneuerbaren Energien entsprechend der politischen Ziele seien mittelfristig „deutliche Anstiege bei Redispatch-Volumen und -Mengen zu erwarten“.

Der Energieverband BDEW hatte im vergangenen Jahr bereits Nachdenklichkeit signalisiert: „Die Beurteilung der Vor- und Nachteile der Aufrechterhaltung der Preiszone kann sich im Zeitverlauf ändern“, heißt es in einem Lobbypapier: „Der Erhalt der Preiszone ist also nicht selbstverständlich.“

Doch ob sich der Konsens der zwölf führenden deutschen Energiemarkt-Experten und der europäischen ACER-Agentur gegen den politischen Widerstand der potenziellen Hochpreiszone Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchsetzen wird, ist offen.